

---

## DIE ERSTE REPUBLIK UND DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN

Rezension von: Friedrich Weissensteiner, *Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938*, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1990, 324 Seiten, öS 548,-; Ulrike Weber-Felber, *Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik*, Europaverlag, Wien 1990, 354 Seiten, öS 348,-

---

„Die nach dem Ersten Weltkrieg gegen ihren Willen zur Eigenstaatlichkeit verurteilte Erste Republik war ein politisch-ideologisch zerrissener, wirtschaftlich schwacher, von den Siegermächten gegängelter Kleinstaat, der nie zu seiner eigenen Identität fand.“ Besser ließen sich die zwei Jahrzehnte österreichischer Geschichte zwischen 1918 und 1938 kaum in einem Satz zusammenfassen. Der Autor des Bandes „Der ungeliebte Staat“, Friedrich Weissensteiner, versucht, dieses Thema klar strukturiert und nach methodisch-didaktischen Grundsätzen einem breiten Leserpublikum zu präsentieren. Dieser Versuch ist vollauf gelungen.

Das Buch bringt nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Aspekte dieses Zeitabschnitts zur Darstellung, sondern berücksichtigt auch Kultur, Wissenschaft, Kunst und Unterhaltungsformen. Der inofgedessen sehr umfangreiche Stoff ist in 57 Kapitel von meist vier bis fünf Seiten Länge gegliedert.

Aussagekräftige Bild- und Quellenmaterialien ergänzen jeweils den Text der einzelnen Abschnitte: Fotos der handelnden Persönlichkeiten mit Kurzbiographien, Aktionsbilder, Wahlplakate, Karikaturen, Statistiken, Tabellen, Zeitungsaus-

schnitte, Augenzeugenberichte, Auszüge aus Geschichtswerken, aus Briefen und Reden, Flugblätter und Berichte, Passagen aus literarischen Werken. Literaturangaben am Ende jedes Teils dienen als Anstoß für eine eingehendere Beschäftigung.

Worüber der Rezensent seine Verwunderung zum Ausdruck bringen möchte, ist lediglich die Tatsache, daß der Autor der Abreise des letzten Monarchen und den beiden Restaurationsversuchen in Ungarn (März bzw. Oktober 1921) jeweils einen eigenen Abschnitt widmet. Der Leser muß u. a. bestürzt zur Kenntnis nehmen, daß das Leben der (ex-)kaiserlichen Familie im Schloß Eckartsau „hart und entbehrungsreich“ war. Derart weltbewegende Einzelheiten füllen insgesamt zehn Seiten des Buches. Sie sind der Stoff für die legitimistische Trivalliteratur und die Regenbogenpresse. Was aber haben sie in einer knappen und komprimierten Darstellung der Geschichte der Ersten Republik verloren?

Ulrike Weber-Feller befaßt sich in ihrem Buch mit der Wirtschaftspolitik zwischen 1919 und 1935: mit der wirtschaftspolitischen Praxis der ab 1920 regierenden Christlichsozialen, den Konzepten der oppositionellen Sozialdemokraten und insbesondere jenen der sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften.

Einige grundlegende Fakten über die Gewerkschaftsbewegung dieser Zeit können aus Weissensteiners Werk entnommen werden: Der wesentlichste Unterschied zur Ära nach 1945 besteht in der organisatorischen Spaltung der Arbeitnehmervertretung entlang der parteipolitischen und ideologischen Bruchlinien.

Die in der sogenannten Gewerkschaftskommission zusammengefaßten Freien Gewerkschaften bildeten die mit Abstand stärkste Interessensvereinigung der Arbeitnehmer. Während der ersten Phase der österreichischen Republik, in der die Sozialdemokraten die Politik maßgebend beeinflussten und wesentliche soziale Re-

formen, welche mit den Namen Hanusch und Bauer verbunden sind, durchsetzten, stieg der Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften stark an. Diese Aufwärtsbewegung hielt auch im Jahr 1921 an, das von Kämpfen um die Verteidigung der Reallöhne gegen die sich schwindelerregend beschleunigende Inflation geprägt war. Die Mitgliederzahl stieg von 772.000 Ende 1919 auf den Höchststand von 1,098.000 Ende 1921.

Ab dieser Zeit befanden sich die Freien Gewerkschaften beständig in der Defensive. Die Christlichsozialen kündigten die „Beseitigung des revolutionären Schutts“ an und demonstrieren demgemäß schrittweise die sozialen Reformen. Reallohnverluste und hohe Arbeitslosigkeit sowie sinkender politischer Einfluß ließen den Nutzen einer Mitgliedschaft bei den Freien Gewerkschaften zunehmend fragwürdig erscheinen. Deren Mitgliederstand fiel bis 1926 kontinuierlich auf 756.000.

Mit dem Einsetzen der schweren Wirtschaftsdepression beschleunigte sich der organisatorische und politische Niedergang der Freien Gewerkschaften. Aus der Verteidigung der sozialen Errungenschaften wurde rasch ein verzweifelter Kampf um die Existenz dieser Arbeitnehmerorganisationen. 1932 belief sich die Zahl der Mitglieder auf nur noch 520.000. Nach dem militärischen Sieg über die Arbeiterbewegung im Februar 1934 löste das autoritäre Regime die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen auf.

In den Jahren 1918 bis 1920 war der Staat gleichzeitig Adressat und Vehikel (frei-)gewerkschaftlicher Politik, was sich in den arbeits- und sozialrechtlichen Reformen niederschlug. Unter dem Druck der politischen Machtverhältnisse waren die Unternehmer zur Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner innerhalb der „paritätischen Industriekomitees“ bereit.

Auch nach dem Austritt der SDAP

aus der Regierung blieb die aktive Teilnahme am wirtschaftlichen Wiederaufbau erklärtes Ziel gewerkschaftlicher Politik. Aus der Sicht der sozialdemokratischen Arbeitnehmervertreter lag die Entfaltung des Kapitalismus auch im Interesse der Arbeiterklasse, die mit jedem Schritt der industriellen Entwicklung ihrem historischen Ziel näher rückte. Somit bildete das „Gesamtinteresse“ der österreichischen Volkswirtschaft unabhängig von den politischen Machtverhältnissen den Orientierungsrahmen der freigewerkschaftlichen Politik. Nur unter Berücksichtigung dieser grundlegenden Haltung werden die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Maßnahmen der Regierung verständlich.

Die Auflösung der Industriekomitees 1921 und die folgenden christlichsozialen Offensiven gegen die Positionen der Arbeiterbewegung änderten nichts am grundsätzlich kooperativen Kurs der Freien Gewerkschaften. Eine Eskalation des Klassenkampfes von seiten der Arbeiterschaft wurde nicht in Erwägung gezogen, da sie darin eine Gefährdung der sozialen Errungenschaften erblickten.

Die Problematik der gewerkschaftlichen Haltung trat bereits 1922 bei der Bewertung der Genfer Protokolle und des darauf aufbauenden Sanierungsplans zutage. Die Arbeitnehmerorganisationen wiesen zwar den Regierungsplan wegen der politischen und unmittelbaren sozialen Implikationen zurück, wollten die Sanierung an sich jedoch nicht behindern. Die SDAP stimmte im Parlament zu.

Mit dem Zusammentreffen des konjunkturellen Tiefs mit der strukturellen Krise in den Jahren 1925/26 erwies sich die Hoffnung auf eine dem Wesen des Kapitalismus entsprechende Gesundung der österreichischen Wirtschaft und damit auch auf eine Lösung des Arbeitslosenproblems (1926 11 Prozent) als trügerisch. Die Gewerkschaften forderten eine expansive Wirtschaftspolitik, erwarteten aber eine vollständige Lösung der Krise nur

von einem Abschluß an Deutschland. Unter expansiver Wirtschaftspolitik wurden in erster Linie kredit-, handels- und zollpolitische Maßnahmen zugunsten des Exports und eine gezielte Förderung der Importsubstitution verstanden, aber auch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit und Subventionen für die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter. Der ausgeglichene Etat und die Stabilität des Geldwerts blieben freilich zunächst auch für sozialdemokratische Experten unumstößliche Maximen.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise und des „Antiterrorgesetzes“ vom April 1930, welches das Kollektivvertrags- und das Streikrecht einschränkte, erschienen die Verteidigung des lohnpolitischen Status quo und die Erhaltung der Organisation als die vorrangigen Aufgaben der Freien Gewerkschaften. Die umfassende Krise verstärkte also die Kooperationsbereitschaft dieser Arbeitnehmerorganisationen. Die Logik der gesamtwirtschaftlich orientierten Politik machte einen aktiven Widerstand gegen den offenen Konfrontationskurs der Unternehmer und der Regierung unmöglich, da die Gewerkschaften Konflikten, die notgedrungen die ökonomische Instabilität erhöhen mußten, grundsätzlich aus dem Wege zu gehen suchten.

Die Sozialdemokraten in der Partei und in den Gewerkschaften interpretierten die Depression als normale zyklische Krise, die den Keim des Aufschwungs bereits in sich berge. Das Dogma von den Selbstheilungskräften des Kapitalismus prägte auch zu Beginn der dreißiger Jahre die wirtschaftspolitischen Konzepte von SDAP und Freien Gewerkschaften. Nach wie vor wurde der Währungssicherung ein absoluter Primat eingeräumt. Dieses Verhalten ist, wie Weber-Felber mit Recht feststellt, nur vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrung mit der Hyperinflation der Nachkriegszeit zu verstehen.

In Übereinstimmung mit diesen wirtschaftspolitischen Dogmen stimmte die SDAP im Oktober 1931 dem nach den Vorgaben des Völkerbundes erstellten Budgetsanierungsgesetz zu. Sie hatte ein Restriktionsbudget mitzuverantworten, welches die Kaufkraft weiter schwächte, die Arbeitslosigkeit erhöhte und einer offensiven Wirtschaftspolitik eine Absage erteilte. Die Opposition war auch im Sommer 1932 mit der allgemeinen Widmung der Lausanner Anleihe zur Konsolidierung der Bundesschuld grundsätzlich einverstanden.

Die Gewerkschaften vermißten in diesem Krisenmanagement konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (1932 je nach Schätzung 21,7 Prozent oder 27,0 Prozent!). Diese erschien ihnen als notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung der Handlungs- und Legitimationsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Sie rückten 1932 in der Frage der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erstmals vom Dogma des Etausgleichs ab.

Im Juli 1933 trat eine außerordentliche Reichskonferenz der Freien Gewerkschaften zusammen, welche das Arbeitsbeschaffungsprogramm „Arbeit für 200.000“ beschloß. Die Forderung nach der Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Kreditausweitung erfolgte nicht zuletzt unter Hinweis auf die sichtbaren Erfolge ähnlicher Maßnahmen im Ausland. Das Programm bedeutete die Abwendung von der Anschlußorientierung und vom Dogma der Selbstregulierung der Machtkräfte. Nach wie vor stand jedoch die Förderung der Exporte durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen usw. an erster Stelle des Maßnahmenprogramms.

Das Einschwenken der SDAP auf eine unorthodoxe Arbeitsbeschaffungspolitik erfolgte freilich zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiterbewegung keine demokratische Aktionsmöglichkeit mehr hatte.

Die Autorin leistet mit dem vorliegenden Buch einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis der politischen und wirtschaftlichen Ge-

schichte der Ersten Republik und beseitigt einen der weißen Flecken der Gewerkschaftsgeschichte.

Martin Mailberg